

# „Es ist eher so, dass wir miteinander konkurrieren“: Außerschulische Bildungsprojekte für ‚Geflüchtete‘ im Kontext von ‚EU-Türkei-Deal‘ und New Educational Governance

Ellen Kollender

**Zusammenfassung:** Der Beitrag präsentiert Ergebnisse einer diskurstheoretisch informierten Analyse der Bildungsprogramme und -projekte sowie (Selbst-)Verständnisse (inter-)nationaler (Nichtregierungs-)Organisationen, die im Kontext des ‚EU-Türkei-Deals‘ entstanden sind. Mit Fokus auf den türkischen Bildungsraum wird nachvollzogen, dass und wie sich die Organisationen an Logiken einer New Educational Governance orientieren, die sich im Zuge neoliberaler Transformationsprozesse und hiermit verschwimmender Grenzen zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft in den letzten Jahrzehnten herausgebildet haben. Diese Orientierung zeigt sich u. a. im Bestreben der Organisationen, ‚Partnerschaften‘ mit dem Privatsektor einzugehen, dabei Bildungsprojekte an den Interessen des (Arbeits-)Marktes auszurichten sowie einer starken Output- und Evidenzorientierung der Akteur:innen. Diese Eingebundenheit ins internationale Bildungsregime kann nicht nur der Bildung solidarischer Bündnisse im Feld von Flucht und Bildung entgegenlaufen; sie prägt auch Bildungs- und Zielgruppenverständnisse, die subtilen (Bildungs-)Ausschlüssen von ‚geflüchteten Kindern und Jugendlichen‘ Vorschub leisten – von den Akteur:innen jedoch nicht unhinterfragt bleiben.

**Schlüsselwörter:** Internationales Bildungsregime, New Educational Governance, Flucht, Türkei, Europäische Union, Nichtregierungsorganisationen

**Title:** “It’s more like we are competing with each other”: Non-formal education projects for ‘refugees’ in the context of the ‘EU-Turkey Deal’ and New Educational Governance

**Summary:** This article presents the results of a discourse-theoretically informed analysis of the educational programs, projects and (self-)perceptions of (inter-)national (non-governmental) organizations which have been developed in the context of the ‘EU-Turkey Deal’. Focusing on the Turkish educational context, the paper traces that and how the organizations are oriented towards logics of a New Educational Governance, which has emerged in the course of neoliberal transformation processes and herewith associated blurring boundaries between state, market and civil society in the last decades. This can be seen, among other things, in the organizations’ efforts to enter into ‘partnerships’ with the private sector, thereby aligning educational projects with the interests of the (labour) market, as well as in a strong output and evidence orientation of the actors. This involvement in the international education regime not only may run counter to the formation of solidarity-based alliances in the field of forced migration and education, it also shapes understandings of education and target groups that promote subtle (educational) exclusions of refugee children and youth – yet do not remain unquestioned by the actors.

**Keywords:** International Education Regime, New Educational Governance, Forced Migration, Turkey, European Union, Non-Governmental Organizations

## 1 Einleitung<sup>1</sup>

Das gesellschaftliche Phänomen Flucht und hiermit assoziierte Bildungserfordernisse wurden im letzten Jahrzehnt nicht nur in nationalstaatlich geprägten Bildungssettings verhandelt. Die zu Beginn der 2010er Jahre vor allem in Folge des Syrienkrieges zunehmende Fluchtmigration, u. a. in die Türkei und Staaten der Europäischen Union (EU), hat auch auf inter- und transnationaler Ebene dazu geführt, dass die aus dem Fluchtgeschehen resultierenden Dynamiken im Bildungsbereich verstärkt thematisiert und adressiert wurden. Der sog. EU-Türkei-Deal spielt dabei eine zentrale Rolle. In dessen Kontext sind in den letzten Jahren zahlreiche Programme, Projekte und Kooperationen entstanden, die unter Verweis auf politische Zielperspektiven wie „education for all“, „social cohesion“, „inclusion“ und „quality education“ (vgl. u. a. European Kommission o. J.) auf eine stärkere Teilhabe von ‚geflüchteten Kindern und Jugendlichen‘<sup>2</sup> im türkischen Bildungssystem abzielen.

Die im März 2016 von den EU-Mitgliedsstaaten und der Türkei vereinbarte EU-Türkei-Erklärung (Europäischer Rat 2016) wurde wissenschaftlich bisher vor allem als asyl- und sicherheitspolitisches Programm diskutiert, das zur Stabilisierung des europäischen Grenzregimes beigetragen hat (vgl. u. a. Heck/Hess 2017). Bislang kaum genauer analysiert wurde die Erklärung hinsichtlich ihrer Rolle im transnationalen Bildungsraum, für bildungspolitische Diskurse um Flucht und ‚Geflüchtete‘ sowie in ihrem Wechselverhältnis mit nationalstaatlichen und lokalen Bildungsprojekten im Umgang mit Flucht. Der Blick auf das Zusammenspiel der EU-Türkei-Erklärung mit Dynamiken im transnationalen Bildungsraum erscheint auch deshalb relevant, weil über ein Drittel der im Rahmen der Erklärung bisher ausgegebenen 4,1 Mrd. Euro der EU-Förderung an bildungsbezogene Projekte in der Türkei transferiert wurde (Stand: Juni 2021, vgl. Europäische Kommission 2021a). Ein Großteil dieser Bildungsausgaben fiel (inter-)nationalen (Nichtregierungs-)Organisationen zu (vgl. ebd.). Diese verfolgen aktuell unterschiedliche Bildungsprojekte in der Türkei, wie im Folgenden noch näher dargelegt wird.

In diesem Beitrag betrachte ich die Bildungsprogramme, -projekte und Akteurskonstellationen, die im Kontext des ‚EU-Türkei-Deals‘ entstanden sind, als Elemente eines *internationalen Bildungsregimes* (vgl. Parreira do Amaral 2010), das sich im Zuge fortschreitender Globalisierung, Finanzialisierung und Transnationalisierung in den letzten Jahrzehnten herausgebildet hat (vgl. u. a. die Beiträge in Amos/Radtke 2007). Wie verschiedene Studien gezeigt haben, etablierte sich in diesem Zusammenhang eine *New Educational Governance*, bei der Bildungsprozesse vor allem nach (Markt-)Kriterien von Effizienz, Effektivität und Evidenz gesteuert, bewertet und erforscht werden (vgl. Klingovsky 2017; Altrichter/Brüsemeister/Wissinger 2007). Dabei wurden Bildungsaufgaben zum Teil von (national)staatlichen Regierungen an inter- und supranationale sowie zivilgesellschaftliche Organisationen übertragen, und hierarchische bildungspolitische Steuerungsformen abgebaut. Mit Blick auf diese Dynamiken, die ich in Kapitel 2 näher skizziere, frage ich, inwiefern sich die im Rahmen des ‚EU-Türkei-Deals‘ geförderten Bildungsprojekte und -akteur:innen an Logiken einer *New Educational Governance* orientieren und welches Wissen dabei über ‚geflüchtete Kinder und Jugendliche‘ im transnationalen Bildungsraum (re-)produziert und (de-)stabilisiert wird.

1 Mein herzlicher Dank gilt den anonymen Gutachter:innen für ihre hilfreichen Kommentare und Anregungen zu diesem Beitrag.

2 Um den Konstruktionscharakter der ungleichheitsrelevanten Kategorie ‚Geflüchtete‘ zu betonen, setze ich diese hier und im Folgenden in einfache An- und Abführungszeichen.